

---

## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

Der Name des DDR-Spions Günter Guillaume steht wie kein anderer exemplarisch für die Westspionage des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Er stieg zu einem persönlichen Referenten des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt auf und hatte Zugang zu streng geheimen Unterlagen. Guillaumes Enttarnung und Festnahme am 24. April 1974 löste in der BRD eine der größten innenpolitischen Krisen der Nachkriegszeit aus und veranlasste Willy Brandts, als Bundeskanzler zurückzutreten. Die Stasi analysierte, welchen Anteil die Enttarnung des Kanzleramtsspions an Brandts Rücktritt hatte.

1956 wurde Günter Guillaume gemeinsam mit seiner Frau Christel in die Bundesrepublik geschickt, um die Parteiarbeit der SPD auszuspionieren. Die Staatssicherheit bezeichnete solche Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) als Übersiedlungs-IM (ÜIM), und alle Westspione wurden als "Kundschafter für den Frieden" propagandistisch verklärt.

Vorausgegangen war eine sorgfältige Schulung durch die Hauptverwaltung A (HV A), die Auslandsspionageabteilung der DDR-Staatssicherheit. Zehn Jahre lang war Guillaume dann als SPD-Parteifunktionär in Hessen tätig und stieg innerhalb der Sozialdemokratischen Partei immer weiter auf. Dass er es 1970 bis ins Kanzleramt schaffte und 1972 sogar persönlicher Referent von Bundeskanzler Willy Brandt wurde, hatte Mitte der 50er Jahre wohl niemand erwartet.

Anfang der 70er Jahre gehörte Guillaume zum engsten Mitarbeiterkreis des Kanzlers und bekam Einblick in unterschiedliche, zum Teil streng geheime Regierungsvorgänge. Im Jahre 1973 verdichteten sich dann die teilweise schon früher wahrgenommen Verdachtsmomente gegen Guillaume, und die bundesdeutschen Sicherheitsdienste wurden aktiv. Doch erst im April 1974 wurde der DDR-Spion verhaftet. Der Fall löste eine politische Krise in der Bundesrepublik aus, die Willy Brandt zum Anlass nahm, von seinem Amt zurückzutreten. Guillaume und seine Frau wurden 1975 zu 13 bzw. acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Die Festnahme von Günter und Christel Guillaume wurde in der DDR offiziell als große Leistung zweier überzeugter Kommunisten gefeiert, die für die Sache des Sozialismus lange Phasen ihres Lebens opferten. Den auf die Guillaume-Affäre folgende Rücktritt des Bundeskanzlers Willy Brandt hingegen dokumentierte die Stasi verhalten und ohne ein eigenes Schuldeingeständnis. Sie analysierte, wie hoch der Anteil der Entdeckung des Kanzleramtsspions am Rücktritt Brandts war und kam zu dem durchaus zutreffenden Schluss: "Der Fall Guillaume war nur der äußere Anlaß zum Rücktritt Brandts von seiner Funktion als Bundeskanzler." Gleichwohl hatte die Stasi den Anlass für Brandts Sturz geliefert, nachdem sie ihm zwei Jahr zuvor sein Amt noch gerettet hatte: 1972 hatte die Stasi zwei Bundestagsabgeordnete bestochen, mit deren Stimmen Willy Brandt ein Misstrauensvotum der CDU/CSU überstand.

---

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 5023, Bl. 3-17

---

### Metadaten

Datum: 14.5.1974

Rechte: BStU

## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

Ministerium für Staatssicherheit 42/47

Berlin, den 14. Mai 1974

BStU  
000003

Streng geheim!  
15 Blatt

Zur Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität Brandts

Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus hat in allen westeuropäischen Ländern und in den wichtigsten überseeischen imperialistischen Ländern zu einer Verstärkung der politischen Instabilität geführt. Diese Krise hat sich auch auf die BRD ausgedehnt. Der Rücktritt Brandts als Bundeskanzler ist Ausdruck dieser Entwicklung. Die Verhaftung seines persönlichen Referenten wurde von den reaktionären entspannungsfeindlichen Kräften zum Anlaß für eine weitere Steigerung der planmäßig geführten Kampagne gegen die Person Brandts genommen.

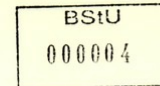
1. Auswirkungen der gesellschaftlichen Situation in der BRD auf die soziale Basis der SPD/FDP-Koalition

Der sichere Wahlsieg der sozialliberalen Koalition während der Bundestagswahlen 1972 war in erster Linie auf die außenpolitischen Aktionen der Brandt/Scheel-Regierung zurückzuführen, die zu einer Normalisierung des Verhältnisses zu den sozialistischen Staaten Osteuropas beigetragen hatten. Auf dem Gebiete der Außenpolitik gab es zwischen beiden Koalitionspartnern weitgehend übereinstimmende Auffassungen, die die Koalition während der ersten Wahlperiode getragen haben.

Nach Abschluß der ersten Wahlperiode waren die wesentlichen Vorhaben der "Ostpolitik" abgeschlossen. Die Koalition orientierte sich auf eine Reihe anstehender Fragen der Innenpolitik, wobei es insbesondere um die Erhöhung der Effektivität und der Funktionsfähigkeit des Staatsapparates sowie der gesellschaftlichen Mechanismen ging.

Im Wahlkampf hat die Koalition große Erwartungen sowohl <sup>in</sup> der Arbeiterklasse wie auch in den Mittelschichten geweckt. Es zeigte sich jedoch, daß die Verwirklichung von Reformen infolge der unterschiedlichen Klasseninteressen und Erwartungen, die in der westdeutschen Gesellschaft damit verknüpft wurden, ins Stocken gerieten. Der Widerstand der Monopole gegen sie verstärkte sich.

## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts



- 2 -

## Ministerium für Staatssicherheit

Gleichzeitig trat eine wesentliche Änderung der ökonomischen Situation in der BRD ein, die zu einer Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Gesellschaft führte. Die Massenbasis der Koalition wurde enger.

Das hatte im einzelnen folgende Gründe:

- Die ökonomische Situation in der BRD wurde labiler. Bereits seit Ende des Jahres 1973 traten in einer Reihe von Industriezweigen (Automobilindustrie, Konsumgüterindustrie) konjunkturelle Rückschläge ein. Die Verbraucherpreise stiegen jedoch weiter. (In der Jahresprojektion 1974 wird der Anstieg der Verbraucherpreise mit 8-9 % vorausgesagt.) Die inflationistische Entwicklung ist zwar insgesamt geringer als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern, trotzdem trug sie zu einer Verschärfung der sozialen Widersprüche bei. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Gewerkschaften im Jahre 1973 mit einer relativ niedrigen Lohnerhöhung zufrieden gaben, die durch die inflationistische Entwicklung und die Steuerprogression mehr als aufgezehrt war, so daß es zu einem Absinken der Reallohne in einer Reihe von Industriezweigen gekommen ist. Die konjunkturelle Abschwächung hat darüber hinaus zu einem Abbau der Überstunden in der BRD geführt, die einen nennenswerten Anteil zum Arbeitseinkommen der Arbeiterklasse beitrugen. Gleichzeitig wuchsen in einer Reihe von Industriezweigen, insbesondere in der Chemie, die Gewinne. All das führte zu einer wachsenden Unzufriedenheit breiter Teile der Arbeiterklasse, die sich Ende vorigen Jahres in wilden Streiks in einer Reihe von Betrieben widerspiegelte.
- Der offene Ausbruch der Energiekrise nach dem Oktoberkrieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten hat die Labilität der ökonomischen Situation noch unterstrichen. Die hemmungslose Nutzung der Profit Chancen durch die internationalen Mineralölkonzerne und die Chemiebetriebe der BRD sowie die offenkundig zutage tretende Ohnmacht der Regierung, Einfluß auf diese Situation zu nehmen, hat zu einer Schwächung des Ansehens der Regierung beigetragen.
- Die Regierung Brandt/Scheel ist in ihrer zweiten Legislaturperiode mit einem großangelegten innenpolitischen Programm angetreten. Dieses Programm sah eine Reihe von Reformen vor, die den Staatsapparat und die gesellschaftlichen Mechanismen effektiver machen sollten. Die Realisierung dieser Reformen ist völlig ins Stocken geraten. Nur ein kleiner Teil davon wurde verwirklicht. Das sind Teile der Steuerreform, ein Stabilitätsprogramm und eine Kartellnovelle sowie eine Reihe von zusätzlichen Sozialgesetzen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der ärztlichen Betreuung. Diese Reformen konnten jedoch nur gegen den erbitterten Widerstand bestimmter Monopolkreise durchgesetzt werden. Die Verwirklichung der Hauptreformen, die im Regierungsprogramm enthalten sind, der Mitbestimmung, der Vermögensbildung, des Bodenrechts und der Berufsausbildung, läßt auf sich warten. Die Monopole setzen alle Hebel in Bewegung, um diesen Reformen alles zu nehmen, was antimonopolistischen Charakter tragen könnte. Das zeigt sich deutlich an dem zwischen SPD und FDP ausgehandelten Mitbestimmungskompromiß, der die Forderung der Gewerkschaften nach uneingeschränkter Parität in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften u. a. großer Monopole nicht berücksichtigt. Er beläßt letztlich die endgültige Entscheidung den Unternehmern. Allein die Tatsache, daß der Entscheidungsprozeß über wesentliche Unternehmensfragen durch die Einschaltung der Gewerk-



## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

BStU  
000005

- 3 -

Ministerium für Staatssicherheit

schaften und gewählter Arbeitnehmervertreter verlängert werden könnte, genügte den Monopolen, um energisch gegen diesen Kompromiß Stellung zu nehmen. Es zeigte sich, daß wesentliche Teile der in der SPD organisierten Arbeiterklasse nicht hinter diesem Entwurf stehen. Die Gewerkschaften haben deutlich ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht. Ähnlich scheitert auch der ausgehandelte Kompromiß auf dem Gebiete der Vermögensbildung und vermutlich auch der Koalitionsentwurf über die Berufsbildung am Widerspruch der Monopole. Damit wird die Illusion zerstört, daß sich im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in der BRD auch nur bescheidene antimonopolistische Reformen verwirklichen lassen.

Hinzu kommt, daß die derzeitige wirtschaftliche Lage in der BRD, die inflationistische Entwicklung und letztlich die Inkonsistenz der SPD/FDP-Regierung die finanziellen Manövriermöglichkeiten der Regierung bei der Verwirklichung gesellschaftlicher Reformen ernsthaft beschneiden. Dem fällt eine Reihe weiterer Reformen zum Opfer, so z. B. das Gesamtbildungsprogramm. Damit ist das innenpolitische Programm der Regierung überhaupt gefährdet.

- Zusätzliche Angriffspunkte hat die Regierung der BRD dadurch gegeben, daß sie auf ihren außenpolitischen Erfolgen ihrer ersten Wahlperiode nicht aufgebaut hat. Die Entwicklung der Beziehungen zur DDR, zur CSSR und vor allem zur Sowjetunion wurde durch eine Reihe von Inkonsistenzen gehemmt, die aufgrund falscher Einschätzungen und falscher Konzeptionen zustande kamen. Eine besondere Rolle spielte dabei die ostpolitische Planung durch Sonderminister Bahr und die Obstruktionspolitik von Teilen des Auswärtigen Amtes. Die Diskussionen um den Abschluß des Vertrages zwischen der BRD und der CSSR (Gewährung von Rechtshilfe für Westberliner durch das Konsulat der BRD bei der Botschaft in Prag) sowie um die Errichtung eines Umweltbundesamtes in Westberlin und die darauffolgenden Reaktionen der DDR gaben der Rechtspresse Anlaß, davon zu sprechen, daß die "Ostpolitik" generell gescheitert sei. Zumindest Teile der Bonner Koalition, darunter Bahr, dessen Ratschlägen Brandt in diesen Fragen meist folgte, führten zeitweise eine Hetzkampagne gegen die sozialistischen Länder, die die Erfolge der Entspannungspolitik in den Augen der Bevölkerung relativieren mußte. Diese Fehler wurden zwar später korrigiert, doch hatte sich dadurch bereits ein negatives Bild von der "Ostpolitik" bei weiten Kreisen der Bevölkerung der BRD herauskristallisiert.

Die Tatsache, daß die hochgesteckten Erwartungen breiter Kreise der Bevölkerung der BRD nicht erfüllt worden sind, engte die soziale Basis der Koalition ein. Ausdruck dafür sind u. a. folgende Tatsachen:

- Die Bereitschaft von Teilen der Arbeiterklasse, die Regierung Brandt/Scheel zu unterstützen, ging zurück.

## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

BSTU  
000006

- 4 -

## Ministerium für Staatssicherheit

- Das Verhältnis der Regierung der BRD zu den Gewerkschaften verschlechterte sich im Ergebnis des SPD/FDP-Kompromisses zu Fragen der Mitbestimmung und im Zusammenhang mit den Lohnauseinandersetzungen. Die wilden Streiks Ende des vergangenen Jahres haben gezeigt, daß der Druck auf die rechte Gewerkschaftsführung so stark war, daß sie ihn gegenüber der Regierung nicht voll abfangen konnte.
- Angesichts dieser unsicheren Situation verließ ein Teil derjenigen Wähler, die zur letzten Wahl erstmals die SPD gewählt hatten, wieder das Lager der SPD.

Diese Situation wurde begünstigt durch eine Reihe von taktischen Fehlern der Regierung in Fragen, die das Interesse breiter Kreise der Werktätigen betreffen. Solche Fragen sind z. B.:

- Die Diskussion um den § 218, bei der es den Regierungsparteien nicht gelang, eine einheitliche Position zu erreichen. Die Tatsache, daß eine Gruppe von SPD-Abgeordneten, mit dem Justizminister an der Spitze, die von der Koalition vorgesehene Fristenlösung ablehnte, mußte angesichts des starken Widerstandes kirchlicher Kreise gegen die Reform des § 218 überhaupt desorientierend, insbesondere auf christlich bzw. kirchlich gebundene Wählerschichten, wirken. Es war generell festzustellen, daß die Diskussion zu dieser Frage ein Ausmaß angenommen hat, das sich letzten Endes nur negativ auf die Lage der Koalition auswirken konnte.
- In ähnlicher Weise unbeholfen reagierte das Kabinett hinsichtlich der Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung nach Auslaufen der Sonntagsfahrverbote im Frühjahr dieses Jahres. Die uneinheitliche Haltung führender Koalitionspolitiker zu dieser Frage gab den Monopolen der Fahrzeugindustrie sowie den internationalen Ölkonzernen im Verein mit den rechtskonservativen Kräften gute Möglichkeiten zum Angriff auf die Regierung. Die falsche Einschätzung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses in dieser Frage hat den Verkehrsminister der SPD/FDP-Regierung völlig unpopulär gemacht, nachdem er bereits bei der Beilegung des Fluglotsen-Streiks gescheitert war.
- Unmittelbar Brandt zuzurechnen sind die taktischen Fehler, die im Zusammenhang mit den sozialen Konflikten begangen wurden. Das betrifft insbesondere den ÖTV-Streik. Die angesichts der Inflationsrate von vornherein unrealistischen Forderungen Brandts, Lohnzulagen in Höhe einer zweistelligen Ziffer nicht zuzulassen, wurde von der ÖTV-Führung auf Druck der Gewerkschaftsmitglieder mit dem Streik beantwortet. Die Niederlage der Regierung im ÖTV-Streik hat ihr zweifellos Prestige gekostet.

Die gesamte Situation in der BRD und die Inkonsistenz der Regierung unter Willy Brandt gab den Rechtskräften günstige Ansatzpunkte für ihren Kampf gegen die Regierung Brandt/Scheel. Während führende Kreise der westdeutschen Monopolbourgeoisie nach dem Wahlsieg der SPD/FDP gezwungen waren, eine abwartende aber insgesamt tolerierende und auf intensive Einflußnahme



## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

BStU  
000007

- 5 -

## Ministerium für Staatssicherheit

gerichtete Haltung zur Koalitionsregierung zu beziehen, gibt es seit Herbst 1973 deutliche Veränderungen in der Haltung führender Wirtschaftskreise gegenüber der Regierung. Ihr gegenüber und insbesondere gegenüber der SPD, wurde zunehmend ein Kurs der Konfrontation eingeschlagen. Die Regierungsbeschlüsse zur Mitbestimmung und Vermögensbildung werden kategorisch und massiv abgelehnt. Erstmals traten die Unternehmerverbände mit massiven Kundgebungen gegen die Regierung auf (z. B. BDA-Großkundgebung mit 3.000 Unternehmern im März 1974.). Es häuften sich Angriffe der Verbände und Monopolrepräsentanten auf die Steuerreformverwerfe wegen angeblich konfiskatorischen Charakters. Brandt und der SPD-Führung wird vorgeworfen, daß sie nicht in der Lage seien, die Forderungen der Werktätigen genügend abzublocken. Es wurde die Gefahr eines "Gewerkschaftsstaates" heraufbeschworen.

Gleichzeitig wuchs der Druck führender Monopolkreise auf die FDP, noch stärker als bisher als "Opposition in der Koalition" wirksam zu werden. Die finanziellen Zuwendungen an die FDP wurden in zunehmendem Maße davon abhängig gemacht, inwieweit die FDP bereit ist, die Forderungen der Monopolkreise gegenüber der Regierung zu vertreten.

Seitens der Unternehmerverbände und führender Monopolvertreter verstärkte sich das Zusammenspiel mit der CDU/CSU, da offensichtlich größere Teile der Monopolbourgeoisie daran interessiert waren, die Regierungsfähigkeit der CDU/CSU unter Beweis zu stellen. Der CDU gelang es besser als der SPD, ihre Rivalitäten und Sachdifferenzen zurückzudrängen und zu verdecken. Das Image der CDU und ihrer Führer, vor allem Kohls, Biedenkopfs und Carstens, wurde besser. In ihrer Kritik an der Regierungspolitik, insbesondere in der ideologischen Aktivität der Oppositionsparteien gegenüber der SPD, zeigten sich - wesentlich durch den CDU/CSU-Wirtschaftsrat gesteuert - Abstimmungen mit den Unternehmerverbänden und den Monopolen. In ihren Angriffen gegen die SPD/FDP nutzte die CDU/CSU ihre personellen Positionen in den westdeutschen Geheimdiensten, insbesondere im Bundesamt für Verfassungsschutz und im Bundesnachrichtendienst. Das zeigte sich besonders deutlich bei der letzten Sitzung des Vertrauensmännergremiums, auf der die gezielten Fragestellungen der Oppositionsvertreter Detailkenntnisse aus dem Sicherheitsbereich (Verhaftung Guillaumes) offenbarten. Grabert mußte daraufhin die Sitzung unterbrechen und sich selbst erst sachkundig machen.

## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

BStU  
000008

- 6 -

## Ministerium für Staatssicherheit

Obwohl die CDU/CSU nicht in der Lage ist, echte Alternativen zur Lösung der dringenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme aufzugreifen, findet sie bei bestimmten Wählerkreisen Anklang. Das wird nicht zuletzt begünstigt durch den Verzicht der SPD-Führung, sich mit den massiven Angriffen der CDU/CSU offensiv auseinanderzusetzen.

Gleichzeitig geht eine Konzentration der Kräfte auf der Rechten vor sich. Das zeigt sich sowohl hinsichtlich der organisatorischen wie auch der ideologischen Konzentration. Auf organisatorischem Gebiet gibt es tiefgehende Bestrebungen, die konservativen Kräfte bereits auf vorparlamentarischem Gebiet zusammenzufassen und wirksam werden zu lassen. Besondere Aktivitäten entfalten dabei die rechtskonservativen Massenmedien, insbesondere der Springer-Konzern, aber auch Publizisten anderer Massenmedien. Parallel dazu läuft eine langfristig geplante und gesteuerte Kampagne in den Massenmedien, die mit geschickteren und psychologisch durchdachteren Mitteln alle Linkskräfte diskreditieren soll. In den westdeutschen Massenmedien tauchen in letzter Zeit in verstärktem Maße Artikel bzw. Untersuchungen auf, die den Sozialismus als "unmodern" diskreditieren, von der Gefahr eines "Gewerkschaftsstaates" sprechen und eine Tendenz der Rechtsentwicklung in der Gesellschaft feststellen und gleichzeitig fördern. Parallel dazu wird eine Krisenpsychose angeheizt.

Die Schwächung der Position der Koalition geht in erster Linie auf Kosten der SPD. Das zeigen die Meinungsumfragen aller Institute in der BRD übereinstimmend, wenn auch mit unterschiedlichen Zahlen. Nach Angaben des Marplaninstitutes ging der Anteil der Wählerstimmen für die SPD von 52 % im Januar 1973 auf 39 % im Februar 1974 zurück, während der Stimmenanteil der CDU/CSU von 39 % auf 49 % stieg. Gleichzeitig ist ein leichtes Ansteigen des FDP-Stimmenanteils von 7 % auf 10 % zu verzeichnen.

Eine exakte Widerspiegelung der Wählereinbußen der SPD haben die Bürgerschaftswahlen in Hamburg sowie die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland mit sich gebracht, die im Unterschied zu früheren Wahlen eindeutig unter bundespolitischen Gesichtspunkten gewertet werden müssen. Mit Ausnahme des Saarlandes hat die SPD in allen Wahlen Stimmenverluste zwischen 6 und 10 % gegenüber den letzten Kommunalwahlen in den Jahren 1969 und 1970 hinnehmen müssen. Noch erheblich größer sind die Stimmenverluste im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1972.



## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

- 7 -

Ministerium für Staatssicherheit

BSU  
0000092. Zur Lage in der Koalition und in der Regierung der BRD

Die komplizierte innenpolitische Lage in der BRD und die konzentrierten Angriffe der CDU/CSU gegen die Koalition führten zu verschärften Auseinandersetzungen und Differenzen, die sich letztlich zum Schaden Brandts auswirkten. Die CDU/CSU, die jede Möglichkeit nutzte, um die Regierung der BRD anzugreifen, konnte ihre Angriffe gegen die Regierung wirksam vortragen, weil

- sich die SPD nicht in der Lage zeigte, diesen Angriffen einheitlich und geschlossen mit einer offensiven Argumentation zu begegnen;
- die Regierung und insbesondere Brandt die Taktik der CDU/CSU ignorierten, die, wie Kiesinger äußerte, darin besteht, die sozialliberale Regierung zu stürzen;
- die Regierung generell davon ausging, in ihren Beziehungen zur Opposition nach Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU zu suchen.

Der Grund für diese Haltung der Regierung der BRD und Brandts bestand offensichtlich in dem Bemühen, dem Vorwurf der CDU/CSU auszuweichen, sie hätten sich außenpolitisch in Abhängigkeit von der UdSSR und innenpolitisch in die Nähe der DKP bzw. marxistischer Kräfte begeben. Somit hatte die taktische Linie der CDU/CSU, die SPD als "Partei des linken Abenteuers" zu qualifizieren, Wirksamkeit. Das zeigte sich vor allem und zuerst in der "Ostpolitik". Hier setzte sich die Linie, die mit der Verabschiedung der Gemeinsamen Entschließung der Fraktionen des Bundestages anlässlich der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau begonnen hatte, mit der Akzeptierung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum Grundlagenvertrag DDR-BRD fort. Auf innenpolitischem Gebiet zeigte sich diese Haltung der Regierung Brandt/Scheel vor allem in den Auseinandersetzungen um die gesetzliche Regelung der Beschäftigung sogen. Radikaler im öffentlichen Dienst und in der von rechten Kräften innerhalb der SPD organisierten Hexenjagd auf linke Kräfte, vor allem auf die Jungsozialisten.

Der Rückgang der Massenbasis der SPD verstärkte das bereits von Beginn an vorhandene Profilierungsstreben der FDP. Vom Standpunkt der westdeutschen Innenpolitik her, war der FDP von der Monopolbourgeoisie der BRD von vornherein die Rolle zugeordnet, als Bremser ge-



## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

- 8 -

Ministerium für Staatssicherheit

BStU  
000010

gen bestimmte antimonopolistische Maßnahmen zu wirken, falls die SPD unter dem Druck der werktätigen Massen zu solchen Maßnahmen gezwungen werden sollte, bzw. als Alibi für die rechte SPD-Führung gegenüber ihren Wählern zu dienen, daß bestimmte Dinge nicht durchgesetzt werden können. Im Verhältnis zu ihrer tatsächlichen politischen Stärke besitzt die FDP einen außerordentlich großen Einfluß mit 5 Ministersesseln, den sie zur "Verbesserung" der Reformgesetze nutzte. Darüber hinaus verfügt die FDP noch über einen starken Rechtsflügel, der zwar nicht so sehr im Kabinett eine Rolle gespielt hat, der aber starke Positionen in der Fraktion und vor allem in den Landesverbänden, besonders in Nordrhein-Westfalen, hat. Die FDP nutzt alle Möglichkeiten, um sich sowohl gegenüber den Monopolen wie auch gegenüber den Wählern als gegenüber der SPD eigenständige Partei (Opposition in der Koalition) zu profilieren. Diese Profilierungsversuche gehen soweit, daß in den einzelnen Landesverbänden offensichtlich Überlegungen für Koalitionen mit der CDU/CSU in den Landesregierungen angestellt werden.

Während aber einerseits die FDP ihren Einfluß auf die laufenden Regierungsgeschäfte ständig zu behaupten mußte, prellte sie in anderen Fragen vor, ohne sich vorher ausreichend mit dem Koalitionspartner abzustimmen. Das betraf insbesondere die Kandidatur Scheels zum Bundespräsidenten, die ohne Abstimmung mit Brandt aufgestellt wurde.

Starke Angriffspunkte gegenüber der CDU gab die unterschiedliche Haltung führender SPD-Politiker zu politischen Hauptfragen, die mangelnde Parteidisziplin und die fehlende Loyalität gegenüber dem Parteivorsitzenden. Einen besonders schädlichen Einfluß übte Sonderminister Bahr aus, dessen falsche Planung der "Ostpolitik" und dessen falsche Einschätzung der außenpolitischen Möglichkeiten der BRD gegenüber der DDR und der Sowjetunion Brandt stark beeinflussten und letztlich zu einer zeitweisen Stagnation der "Ostpolitik" führten. Die Errichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin ging unmittelbar auf seine Initiative zurück. Das Hochspielen dieser Forderung durch Bahr in konzertierter Aktion mit dem Westberliner Regierenden Bürgermeister Schütz stellte Brandt faktisch vor vollendete Tatsachen und verschlechterte die Atmosphäre der Beziehungen zur DDR und zur Sowjetunion. Auf der gleichen Ebene liegt auch die Einflußnahme Bahrs auf die Verhandlungen über den Abschluß des Protokolls über die gegenseitigen Vertretungen zwischen der DDR und der BRD, die dadurch längere Zeit ins Stocken kamen. Es bedurfte der offenen Einmischung Wehners, um diese Frage zum Abschluß zu bringen. Wehner hat zeitweise ernsthaft befürchtet, daß der Druck

## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

BStU  
000011

- 9 -

Ministerium für Staatssicherheit

der rechten Kräfte in der Koalition, der CDU/CSU-Opposition und insbesondere der Einfluß Bahrs zur zeitweiligen Blockierung der weiteren Normalisierung der Beziehungen der BRD zu den sozialistischen Ländern führen könnte. Vor diesem Hintergrund sind auch die öffentlichen Erklärungen Wehners in Moskau zu sehen, mit denen er die Regierung der BRD davor warnte, das Vierseitige Abkommen über Westberlin zu überziehen. Die Erklärungen erfüllten zwar ihren Zweck, trugen jedoch objektiv zu einer Schwächung der Position Brandts bei. Das konnte nur geschehen, weil durch das Vorpellen von Schütz in einer ganzen Reihe von Westberlin betreffenden Fragen, durch die Beteiligung Bahrs und anderer Spitzenpolitiker der Koalition an der Hetzkampagne gegen die DDR in der Öffentlichkeit bereits Zweifel an der Richtigkeit der „Ostpolitik“ aufgetaucht waren, die von der CDU/CSU weidlich ausgenutzt und geschürt wurden. Wehner forderte in diesem Zusammenhang von Brandt eine stärkere Wahrnehmung seiner Richtlinienkompetenz, um innerhalb des Kabinetts wirklich zu führen und die „Ostpolitik“ innerhalb der Regierungskoalition voll durchzusetzen.

In ähnlicher Weise engagierte sich Wehner auch hinsichtlich der Durchsetzung der Positionen der SPD auf innenpolitischem Gebiet. Die Aktivitäten Wehners richteten sich dabei auf die Stärkung der Rolle Brandts, um ihn zu zwingen, in die Offensive sowohl gegenüber den divergierenden Kräften innerhalb der Koalition wie auch gegenüber der CDU/CSU zu gehen. Wehners Absicht bestand vor allem darin, Brandt zu zwingen sich der Partei zu stellen und sich in der praktischen Politik mit der Partei abzustimmen, um die Massenbasis der Koalition nicht zu gefährden. Das zeigte sich besonders deutlich anlässlich der Sitzung des Parteivorstandes im Dezember 1973, auf der über die Stellung der Partei zu den wilden Streiks beraten wurde. Im Verlaufe dieser Sitzung wurde eine Entschließung angenommen, die zu den wilden Streiks Stellung nahm, obwohl sich Brandt gegen eine solche Entschließung ausgesprochen hatte. Wehner ging es offensichtlich darum, Brandt an die Partei zu binden, um ihm auf diese Weise den Einfluß spüren zu lassen, der von den Wählmassen auf Fraktion und Parteivorstand ausgeht. Er wandte sich mehrmals dagegen, daß Brandt die Partei lediglich als Wahlmaschine betrachtet, die zu seiner Unterstützung da ist.

Im Verlaufe der Schwächung der Massenbasis der SPD verstärkten sich die Rivalitäten innerhalb der SPD zusehends. Diese Entwicklung setzte voll in den ersten Monaten des Jahres 1974



## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

- 10 -

Ministerium für Staatssicherheit

BStU  
000012

ein. Sie wurde durch die Tatsache begünstigt, daß die Parteispitze nur beschränkt aktionsfähig war. Brandt selbst hatte sich zugunsten seiner Funktion als Bundeskanzler weitgehend von der Führung der Partei zurückgezogen. Unter dem Vorwand, daß ihm seine Funktion als Finanzminister wenig Zeit lasse, hat auch Helmut Schmidt sich nicht an der Parteiarbeit beteiligt. Ungeachtet dessen hat Schmidt jedoch alles getan, um rechte Gruppierungen in der Partei um sich zu sammeln. Gleichzeitig erschienen parallel zu den Presseartikeln, in denen von der Führungsschwäche Brandts die Rede war, zunehmend Artikel, die Schmidt als Bundeskanzler, als Mann mit der starken Hand usw. empfahlen. Diese Artikel waren im allgemeinen sehr vorsichtig abgefaßt (etwa in dem Sinn, daß Schmidt nicht gegen Brandt kandidieren wolle, sich aber als Nachfolger bereit halte), verfehlten aber nicht ihre Wirkung. Der zweite Stellvertreter im Parteivorsitz, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn, hat sich im Grunde ebenfalls wenig an der Parteiarbeit beteiligt. Ebenso wie Schmidt fiel er in erster Linie durch seine Aktivitäten gegen linke Kräfte in der Partei auf.

In noch größerem Maße wurde die Situation in der Partei durch die offenen Aufrufe des bayrischen SPD-Vorsitzenden und Städtebauministers Vogel zu einer bundesweiten Hexenjagd gegen Jungsozialisten und andere linke Kräfte zugespitzt. Es hatte sich eine Situation herausgebildet, in der die führenden Kräfte der Partei Brandt davon überzeugen konnten, daß die Hauptgefahr für den sinkenden Masseneinfluß der SPD von den linken Kräften ausgeht. Das hat letztlich dazu geführt, daß am 1. 4. 1974 auf der Parteivorstandssitzung die bekannte 10-Punkte-Erklärung angenommen wurde, die die Grundlage für weitergehende Maßnahmen gegen linke Kräfte in der SPD darstellen sollte.

Gleichzeitig verstärkte sich innerhalb der SPD-Spitze die Kritik an Brandt, insbesondere an seiner Führungstätigkeit. Im März dieses Jahres wurden von einer Reihe führender SPD-Politiker, darunter Schmidt, Dohnanyi, von Oertzen und Steffen, Forderungen nach einer Veränderung des Führungsstils Brandts erhoben. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, Brandt durch einen Nebenzkanzler, der sich entweder um Innen- oder um Außenpolitik kümmern könnte, zu entlasten. Auf der Sitzung des Parteivorstandes vom 8. 3. 1974 und zum Teil auch in öffentlichen Erklärungen nahm Schmidt gegen diese Führungsschwächen Brandts, wie er es nannte, Stellung. Schmidt erklärte, er sei mit dem derzeitigen Führungsstil, den Auseinandersetzungen innerhalb der SPD und der Koalition nicht einverstanden, die er als Hauptgrund für die Mißerfolge bei den letzten Wahlen darstellte.

## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

BStU  
000013

- 11 -

## Ministerium für Staatssicherheit

Im Ergebnis der Sitzungen des Parteivorstandes vom 8. 3. 1974 und vom 1. 4. 1974 wurde Einigkeit erzielt, Geschlossenheit tatsächlich zu praktizieren. Schmidt hielt jedoch seine Vorbehalte aufrecht, daß Brandt durch seine falsche Führung dazu beigetragen habe, daß die SPD in ihre heutige verfahrenere Situation gekommen sei. Brandt trage Verantwortung dafür, daß sich Struktur und Zusammensetzung in der SPD so geändert hätten, daß es nicht einmal mehr möglich sei, auf den Parteitagen notwendige Mehrheiten für Änderungen des Statuts oder andere wichtige Beschlüsse durchzusetzen. Schmidt forderte in diesem Zusammenhang, jetzt endlich mit den Linken aufzuräumen. Mit dem Auftreten auf diesen beiden Parteivorstandssitzungen hat Schmidt deutlich seinen Anspruch auf die Nachfolge Brandts bzw. auf die Führung der Partei oder Regierung angemeldet.

Bis zur Verhaftung Guillaumes traten die Auseinandersetzungen zugunsten des Einleitens von Maßnahmen gegen die Linken in den Hintergrund. Die Kampagne der rechten Kräfte im Zusammenhang mit der Verhaftung Guillaumes hat sie jedoch sofort wieder aufbrechen lassen. Es kann eingeschätzt werden, daß einer der Gründe, die Brandt zum Anlaß für seinen Rücktritt nahm, darin besteht, daß er sich der Loyalität der Spitzenfunktionäre der SPD nicht mehr sicher war. Die Auseinandersetzungen zwischen Ehmke und Genscher über die Verantwortlichkeit hinsichtlich der Einstellung Guillaumes in das Bundeskanzleramt, das Verhalten Genschers und der Nachrichtendienste der BRD bei der Bearbeitung des Falls sowie das Schweigen der übrigen Spitzenfunktionäre dürften zu dieser Haltung beigetragen haben. Brandt mußte zu der Meinung kommen, daß nicht Guillaume, sondern der Kanzler selbst einschließlich seiner intimen Affairen, Ziel der Bearbeitung war.

3. Zu den subjektiven Faktoren im Zusammenhang mit Brandts Rücktritt

Die persönlichen Eigenschaften Willy Brandts haben bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und beim Verfall seiner persönlichen Autorität eine wesentliche Rolle gespielt. Eine ganze Reihe von Schwierigkeiten hängen mit seinen charakterlichen Eigenschaften zusammen. Die außenpolitischen Erfolge der Regierung der BRD im Verlaufe ihrer ersten Wahlperiode und die Akklamation durch die Bevölkerung der BRD haben Brandts Verständnis für die Realitäten getrübt. Dazu haben zweifellos auch die internationalen Ehrungen, wie



## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

BStU  
000014

- 12 -

## Ministerium für Staatssicherheit

die Verleihung des Friedensnobelpreises und eine Reihe von Einschätzungen durch die internationale Presse sowie seine Kontakte zu führenden Politikern des Auslandes, beigetragen. Brandt begann sich offensichtlich in zunehmendem Maße als Persönlichkeit von historischen Dimensionen zu sehen, die allein in der Lage ist, das Richtige zu sehen und zu machen. Die in den letzten Monaten in der Presse der BRD veröffentlichten Karikaturen, wonach Brandt den Boden unter den Füßen verloren hat und über den Wolken schwebt, geben offenbar ein zutreffendes Bild seiner persönlichen Haltung. Ausgehend davon begann Brandt jegliche Kritik an ihm und die Äußerungen anderer Meinungen und Auffassungen als persönlichen Affront und gewissermaßen als Untergrabung seiner historischen Mission zu sehen.

Die "Süddeutsche Zeitung" stellt in einem Artikel über die "Entwicklung der Persönlichkeit Brandts fest, daß bei ihm seit Monaten wachsende Verdrossenheit, zunehmende Vereinsamung und bittere Aversionen gegen wohlmeinende Freunde oft beobachtet und beschrieben wurden. Es liegen auch zahlreiche interne Informationen vor, die davon sprechen, daß seit Monaten, insbesondere im Zusammenhang mit der Verschärfung der innenpolitischen Situation und dem offenen Ausbruch der Rivalitäten innerhalb der Partei, bei Brandt eine bestimmte Amtsverdrossenheit eingetreten ist und er sich immer weniger zu Entschlüssen aufraffen konnte. Es gibt Äußerungen, die so weit gehen, daß sie geradezu von einer Apathie bei Brandt sprechen. Wehner schätzte ein, daß Brandt eigentlich als Bundeskanzler nicht geeignet ist, da er nicht politisch ist. Er begreife nicht, daß es nicht genügt, Macht zu erobern, sondern man muß sie auch zu behalten verstehen. An anderer Stelle sagte Wehner: Brandt sei ein Phantast und Träumer, aber kein Regierungschef für kritische Zeiten.

Hinzu kommt die ausschließliche Fixierung seines Interesses auf außenpolitischen Fragen. Auf innenpolitischem Gebiet fehlt ihm sowohl das Interesse als auch die Einschätzung und das Verständnis für das Mögliche. Aus diesem Grunde zeigte er sich während seiner gesamten Kanzlerschaft nicht in der Lage, eine klare innenpolitische Linie zu geben. Er stand den Auseinandersetzungen und Rivalitäten zu diesen Fragen innerhalb der Partei gewissermaßen hilflos gegenüber. Er scheute sich dabei gleichzeitig davor, innerhalb der Regierung eine klare Stellungnahme zu beziehen. Er überließ die entscheidenden Fragen seinen Ressortministern, wobei letztlich die Erfolge den Fachministern zugute kamen, aber die Mißerfolge ihm angerechnet wurden. So gab es zu den kritischen innenpolitischen Situationen der letzten

## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

BSU  
000015

- 13 -

## Ministerium für Staatssicherheit

Monate, zur Energiekrise, zu den Streiksituationen usw. vor allem Äußerungen der Fachminister. Auch die Diskussion um solche Fragen wie die Geschwindigkeitsbegrenzung und den § 218 überließ er weitgehend dem Selbstlauf und griff nicht ein. Dadurch, daß er die Richtlinienkompetenz im Kabinett praktisch nicht ausübte, kam es zu einer zunehmenden Differenzierung der Meinungen. Trotzdem wurde ihm autoritäres Verhalten vorgeworfen, da er verschiedentlich, vor allem im Parteivorstand, die Entscheidung über bestimmte Fragen mit der Vertrauensfrage für ihn verband. Diese Einschätzung ist sicherlich falsch, da es ihm selbst unter diesem Druck nicht immer gelang, seine Auffassung durchzusetzen und da es sich letztlich um eine Art Notbremse handelte. Ihm ist vielmehr mangelndes Durchsetzungsvermögen zu bescheinigen.

Wehner äußerte, daß Brandt nur ein Kanzler für gute Tage sei; wenn es jedoch kritisch werde, werde man ihn in Norwegen wiederfinden. Er ist zweifellos persönlich erheblich verletzlich als das im allgemeinen bei einem Staatsmann aus imperialistischen Ländern üblich ist. Daraus ergibt sich, daß er gegen Illoyalitäten außerordentlich empfindlich ist. Deshalb hat ihn auch die Kampagne, die nicht nur von der Springer-Presse, sondern auch von der Regierung nahestehenden Zeitungen gegen ihn entfacht wurde, schwer getroffen. Für das Zurückgehen des Masseneinflusses der SPD mißt er sich einen Teil der Schuld zu. Der konservative Publizist Kremp hat sicher <sup>in</sup> bestimmtem Maße recht, wenn er feststellte, daß Brandt Furcht davor habe, als der Kanzler in die Geschichte einzugehen, unter dessen Händen die SPD allmählich zerbröckelte. Hinzu kommt zweifellos die Furcht davor, daß im Zusammenhang mit der Festnahme Guillaumes Informationen über sein Privatleben, insbesondere über sein ausschweifendes Sexualleben in der Öffentlichkeit bekannt werden. All das hat ihn dazu bewogen, die Gelegenheit der Festnahme Guillaumes zu ergreifen, um sich einen ehrenvollen Abgang zu verschaffen.

4. Zu einigen Schlußfolgerungen aus der Situation

- a) Der Fall Guillaume war nur der äußere Anlaß zum Rücktritt Brandts von seiner Funktion als Bundeskanzler. Angesichts der inneren Situation der BRD, des Differenzierungsprozesses in der Koalition und in der SPD sowie der persönlichen Eigenschaften Brandts



## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

BSTU

000016

- 14 -

Ministerium für Staatssicherheit

ist anzunehmen, daß ein Rücktritt Brandts über kurz oder lang möglich war.

- b) Der Rücktritt Brandts wird keine wesentlichen Veränderungen der politischen Grundlinie mit sich bringen. Insgesamt wird er die Regierung der BRD etwas nach rechts rücken, aber durch die Übernahme der Kanzlerschaft durch Schmidt mit Genscher als Hauptpartner werden sich die Probleme der BRD und das innenpolitische Kräfteverhältnis nicht ändern. Es kann damit gerechnet werden, daß die Politik insgesamt pragmatischer sein wird und Illusionen stärker in den Hintergrund treten.
- c) Schmidt ist ein größeres Durchsetzungsvermögen zuzutrauen. Er hat stärkere Verbindung zu den Monopolen und ist offensichtlich bereit, deren Interessen stärker zu berücksichtigen. Auffällig ist, daß die großen Monopolverbände bereits vor der offiziellen Amtsübernahme die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Schmidt erklärten, wenn er sich vorwiegend auf Stabilität und Bekämpfung der Inflation konzentriert. Es ist möglich, daß Schmidt dazu bereit ist, selbst mit bestimmten Konsequenzen für die Vollbeschäftigung. Eine weitere Verschärfung der sozialen Widersprüche in der BRD ist nicht ausgeschlossen, wenn sich Schmidt auch stärker um die Partnerschaft mit den Gewerkschaften bemühen wird. Insgesamt ist ihm eine erheblich energischere Handhabung der Regierungsgewalt zuzutrauen.
- d) Die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern werden sich auch unter einer Kanzlerschaft Schmidt nicht wesentlich ändern, werden aber entsprechend der Gesamtlinie nüchterner und pragmatischer gestaltet werden. Es ist stark damit zu rechnen, daß der Einfluß, den Bahr auf die Ostpolitik ausübte, weitgehend liquidiert wird. Die Politik der BRD gegenüber der DDR und den anderen sozialistischen Ländern wird von den staatlichen Interessen bestimmt werden.
- e) Auch die Außenpolitik gegenüber den westlichen Ländern wird sich nicht grundsätzlich ändern. Möglicherweise werden die Beziehungen zu den USA stärker betont, ohne daß das wesentliche Auswirkungen auf die Beziehungen innerhalb der EWG haben wird. Auch hier sind die Probleme die gleichen geblieben, so daß eine grundsätzliche Änderung der Westpolitik außerhalb des Bereichs des Möglichen steht.

## Bericht zur "Entwicklung der Krise der Koalition und zum Verfall der Autorität" Willy Brandts

BStU  
000017

- 15 -

Ministerium für Staatssicherheit

- f) Unklar bleibt noch, inwieweit sich Schmidt innerhalb der Partei durchsetzen kann. Brandt ist nach wie vor Parteivorsitzender; es ist jedoch nicht abzusehen, ob und wie lange er das bleiben wird. Es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen Wehner und Schmidt. Das kann daher rühren, daß Schmidt seit längerem auf den Posten des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion reflektierte, den Wehner inne hat. Schmidt hatte die Absicht, diesen Posten als Sprungbrett in das Amt des Bundeskanzlers zu nutzen. Nachdem ihm nunmehr der direkte Weg möglich geworden ist, fällt eine der Ursachen für dieses Spannungsverhältnis weg. Trotzdem wird das Verhältnis zwischen Wehner und Schmidt eine große Bedeutung für das Funktionieren der Zusammenarbeit zwischen Partei und Regierung haben. Die Linkskräfte, vor allem die Jungsozialisten, haben sich zunächst nach außen mit Schmidt solidarisiert. Es bleibt abzuwarten, inwieweit es Schmidt gelingt, diese Solidarisierung aufrechtzuerhalten.